

## **Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine des LV Jüdischer Gemeinden**

### **1. Jüdische Zuwanderung**

*Seit Jahren ist die Zahl der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer nach Deutschland, und damit auch nach Sachsen-Anhalt, rückläufig. Die jüdischen Gemeinden beklagen einen Mitgliederückgang und hoffen auf einen wieder zunehmenden Zuzug jüdischer Zuwanderer. In den postsowjetischen Staaten, allen voran der Ukraine, leben zahlreiche auswanderungswillige Menschen jüdischen Glaubens, die jedoch oft lange Zeit auf ein Aufnahmeverfahren warten müssen. Gründe für die stockende jüdische Zuwanderung nach Deutschland sind, neben fehlenden bilateralen Abkommen zwischen den Staaten, hohe bürokratische Hürden und die Integrationsprognose, die auch bei jüdischen Zuwanderern Anwendung findet. Mangelhafte Deutschkenntnisse und ein fortgeschrittenes Alter bilden neben anderen Faktoren oft eine Barriere, die die Aufnahme von Jüdinnen und Juden nach Deutschland erschwert. Daneben finden die von den Zuwanderern absolvierten Arbeitsjahre in ihren Herkunftsländern bei den Rentenansprüchen keine Beachtung. Dies ist eine Benachteiligung gegenüber beispielsweise Spätaussiedlern sowie auch eine mangelhafte Anerkennung der Lebensleistung dieser Menschen. Auch wenn Fragen der Zuwanderung politisch vorrangig auf Bundesebene entschieden werden, so wirkt sich die Frage der jüdischen Zuwanderung doch konkret auf die Situation des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt aus.*

**Wie positioniert sich Ihre Partei auf Landesebene zur Problematik der jüdischen Zuwanderung? Wird es Ihrerseits Bemühungen geben, die Situation für den Zuzug von Menschen jüdischen Glaubens in unser Bundesland zu verbessern?**

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für eine sehr grundlegende Liberalisierung des Aufenthalts- und Einwanderungsrechts ein. Im Zusammenhang mit jüdischer Zuwanderung gilt das in deutlich herausgehobener Weise: Auf jüdisches Leben zu blicken, heißt auch auf die historische Schuld der Shoa zu blicken. Dass sich die Shoa nicht wiederholen darf, ist die Verantwortung, die aus der Shoa erwächst. Dass Jüdinnen und Juden sicher leben können, ist Menschenrecht. Dass Deutschland alles tun muss, um Jüdinnen und Juden, die hier leben wollen und nach Deutschland einwandern wollen, dies zu ermöglichen, ist seine historische Verantwortung. Das gilt umso mehr mit Blick auf den geographischen Schwerpunkt der unfassbaren deutschen Verbrechen in Osteuropa, die unter dem jüdischen Begriff der Shoa gefasst werden. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Traumata des singulären Verbrechens der Shoa bis in die jüngste lebende Generation vererbt wurden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bewertet das Einbürgerungsrecht ohnehin als viel zu repressiv und noch dazu überbürokratisiert. Das heißt, dass wir uns einerseits auf Ebene des Bundes für eine grundsätzliche Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes einsetzen wollen. Andererseits treten wir auf Landesebene für eine spielraumnutzende Durchführungsverordnung sowie der Etablierung entsprechender Weiterbildungsangebote für die kommunale Entscheidungsebene ein. Tatsächlich ist die Entscheidungspraxis innerhalb der Kommunen Sachsen-Anhalts sehr unterschiedlich. Diese Entscheidungspraxis gilt es zu verbessern und im Sinne einer nicht repressiven und weniger bürokratischen Praxis zugunsten der Antragsteller\*innen zu vereinheitlichen.

Der Umgang mit den Antragsteller\*innen stellt sich uns auch als gesellschaftlich-kulturelle Frage dar: Wollen wir die Menschen als Neubürger\*innen willkommen heißen oder ihnen als

Antragsteller\*innen mit Misstrauen, Argwohn und nicht nachvollziehbaren Hürden suggerieren, dass sie in dieser Gesellschaft wohl immer Bürger\*innen zweiter Klasse bleiben werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht entschieden für Ersteres ein. Gerade gegenüber Jüdinnen und Juden. Hier sehen wir eine eklatante staatliche Bringschuld: die konsequente Bekämpfung des Antisemitismus und der ebenso konsequente Schutz jüdischen Lebens. Das Problem des Antisemitismus war immer präsent und hat sich auch in jüngster Vergangenheit auf vielen Ebenen gezeigt. In Folge des antisemitischen und rassistischen Anschlags vom 09. Oktober 2019 in Halle und Landsberg haben wir Aussagen von überlebenden jüdischen Personen zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie sich in Deutschland nicht ausreichend geschützt sehen. Das ist für uns ein unerträglicher Zustand. Wir müssen alles dafür tun, diesen Schutz zu gewährleisten.

## **2. Jüdisches Leben und damit verbundene Probleme**

*a) Viele jüdische Objekte werden in Deutschland polizeilich geschützt. Spätestens seit dem Halle-Attentat werden auch in Sachsen-Anhalt Gebäude der jüdischen Gemeinden dauerhaft von Polizeieinsatzkräften bewacht. Aktuell scheint es auf politischer Ebene keine Impulse zu geben daran etwas zu ändern. Ob es langfristig bei der polizeilichen Bewachung jüdischer Objekte bleiben wird, ist aus heutiger Sicht ungewiss. Die Gewissheit einer längerfristigen Strategie der Sicherheit jüdischer Objekte und damit des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt wäre jedoch wünschenswert und würde eine dauerhafte Perspektive bieten.*

**Wie steht Ihre Partei auf Landesebene zu der dauerhaften Bewachung von Objekten, die dem jüdischen Gemeindeleben dienen? Gehört für Sie der dauerhafte polizeiliche Schutz von jüdischem Leben in Sachsen-Anhalt zu Ihren politischen Zielsetzungen?**

Rechten Terror zu bekämpfen und zu verhindern, das ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Es bedarf aus diesem Grund dringend einer langfristigen Strategie und dauerhaften Perspektive der Sicherheit und des Schutzes jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt.

Spätestens seit dem Attentat auf die Synagoge in Halle ist klar, dass Einrichtungen und Gebäude der jüdischen Gemeinden besser gegen Angriffe von Rassisten und Antisemiten geschützt werden müssen. Solange Antisemitismus ein gravierendes Sicherheitsproblem für das jüdische Gemeindeleben darstellt, wird Polizeischutz für jüdische Einrichtungen dauerhaft notwendig sein. Die polizeiliche Bewachung jüdischer Objekte muss aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt deshalb langfristig gewährleistet werden. Zudem sind bauliche Sicherheitsmaßnahmen an Synagogen zu verbessern und zu finanzieren.

*b) Jüdisches Leben besteht nicht nur aus Festtagen und Gottesdiensten in den Synagogen. Bestandteile sind auch „gewöhnliche“, alltägliche Ereignisse. Bei deren Umsetzung wird unsere Gemeinschaft sehr oft mit Problemen konfrontiert, die nicht selten aus Unkenntnis und/oder Ignoranz resultieren.*

**Wie steht Ihre Partei zu den von der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt vorgebrachten Problematiken? Wie wird Ihre Partei diesen Herausforderungen begegnen?**

### **• Bestattungswesen**

*Bei einem Sterbefall ist es nach jüdischer Religion immens wichtig, die Beerdigung so schnell wie möglich durchzuführen, am besten am selben oder am nächsten Tag. Die Gemeinden besitzen eigene Friedhöfe und haben die gesamte Infrastruktur, um die Bestattung schnellstmöglich abzuwickeln. Die Hürde in den meisten Fällen ist die sehr langsame Arbeit der Standesämter.*

*Die Ausstellung einer Sterbeurkunde dauert bei einem „einfachen“ Fall und bei Vorlage aller notwendigen Unterlagen, was für die trauernde Familie eines im Ausland geborenen Menschen nicht immer einfach ist, manchmal mehr als eine Woche, in einigen Fällen sogar bis zu zwei Wochen. Die Erfahrung aus anderen Bundesländern und aus anderen Staaten zeigt, dass die Ausstellung einer Sterbeurkunde wesentlich schneller – innerhalb von ein paar Stunden – erfolgen kann.*

Voraussetzung für die Anmeldung einer Bestattung ist die Vorlage der Sterbeurkunde, die vom Standesamt ausgestellt wird. Dafür benötigt das Standesamt die Geburtsurkunde und den so genannten Totenschein. Wenn die Geburtsurkunde nicht vorliegt und erst angefordert werden muss, kann sich die Ausstellung der Sterbeurkunde und infolgedessen die Bestattung erheblich verzögern. Aber auch sonst dauert die Ausstellung der Urkunde oft zu lange.

Dieser Zustand ist so nicht hinnehmbar. Die Ursachen für lange Bearbeitungsfristen liegen im Wesentlichen in personellen Engpässen bei den örtlichen Standesämtern. Das Land muss hier für mehr Nachwuchs sorgen und dem Personalmangel entgegenwirken. Des Weiteren sollen Bestatter die Möglichkeit erhalten, Sterbefälle sofort online bei den Standesämtern zu melden. Das bietet die Chance, die Bearbeitungszeiten deutlich zu verkürzen. Außerdem müssen die Beschäftigten in den Standesämtern dafür sensibilisiert werden, dass es nach jüdischer Religion immens wichtig ist, Beerdigungen so schnell wie möglich realisieren zu können.

DIE LINKE wird alle weiteren geeigneten Maßnahmen unterstützen, die das Erstellen von Sterbeurkunden beschleunigt. Sterbeurkunden sollten generell schneller innerhalb von wenigen Tagen, wenn möglich auch innerhalb von nur wenigen Stunden, ausgestellt werden.

• *Pflegeleistungen für bedürftige Menschen über die Sozialämter*

*Für betagte jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer, die in der Bundesrepublik niemals gearbeitet haben, besteht kein Anspruch auf Pflegeleistungen einer gesetzlichen Krankenkasse. Die Beantragung und Bewilligung erfolgt in diesen Fällen über die zuständigen Sozialämter (Grundversicherungsämter). Die Antragsbearbeitung nimmt dabei wesentlich mehr Zeit in Anspruch als das bei den gesetzlichen Krankenkassen der Fall ist. Manchmal dauert es mehrere Monate und sogar bis zu einem Jahr. Im Fall eines Widerspruchs ist die Landessozialkasse zuständig und die Bearbeitung zieht sich dann mehr als ein Jahr hin. Die bedürftigen Personen erhalten in der Zwischenzeit keine oder stark geminderte Leistungen. In einigen Fällen sterben die Betroffenen noch vor der amtlichen Entscheidung. Diese Situation ist nicht hinnehmbar und muss gesetzlich geändert werden. Es gab bereits Initiativen in dieser Hinsicht, beispielsweise kürzlich im Bundesrat.*

Der Umgang mit pflegebedürftigen jüdischen Zuwander\*innen ist ein Skandal. DIE LINKE sieht hier einen erheblichen Handlungsbedarf. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, wie sie im Bundesratsantrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Bremen vom Dezember 2020 vorgeschlagen werden. Für eine schnellere Antragsbearbeitung wollen wir für eine bessere Personalausstattung der Sozialämter sorgen.

• *Rentenproblematik für jüdische Zuwanderer - Gleichstellung mit Spätaussiedlern*

*Die Problematik der Altersarmut unter jüdischen Zuwanderern aus den postsowjetischen Staaten wurde bereits mehrfach in verschiedenen politischen Instanzen erörtert. Die Ursache der*

*Rentenproblematik besteht in der Ungleichbehandlung von zugewanderten jüdischen Emigranten gegenüber Spätaussiedlern. Die bei Spätaussiedlern anerkannten Anwartschaftsjahre begründen deren Rentenanspruch. Den jüdischen Zuwanderern, darunter viele Holocaustüberlebende, wird hingegen eine Grundsicherung nach SGB XII zugewiesen.*

Seit 1991 sind 215.758 jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Vielen geht es wirtschaftlich schlecht, Altersarmut ist weit verbreitet. Die meisten sind deutlich über 75 Jahre alt und auf eine möglichst schnelle und pragmatische Lösung angewiesen.

DIE LINKE unterstützt das Ziel, die Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer zu beenden, deshalb nachdrücklich. Gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien ist DIE LINKE bereits im Februar 2019 mit einem entsprechenden Antrag im Bundestag aktiv geworden. Daneben hat u.a. das Land Thüringen im Dezember 2020 einen Antrag im Bundesrat eingebracht.

• *Jüdische Seelsorge in Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten, etc.*

*Während eines krankheitsbedingten stationären Krankenhausaufenthaltes oder bei einer Verurteilung zu einer Haftstrafe in der JVA bekommen jüdische Mitbürger keine konfessionsbezogene seelsorgliche Betreuung. In Einzelfällen konnten wir in der Vergangenheit, dank der großzügigen Unterstützung christlicher Seelsorger, den Betroffenen eine jüdische Seelsorge ermöglichen. Unserer Auffassung nach sollte die Gewährung einer religionsbezogenen (christlichen, jüdischen, muslimischen) Seelsorge für die Betroffenen selbstverständlich und automatisch sein.*

Gefängnisseelsorge ist ein grundgesetzlich verbrieftes Recht. Diese sollte konfessionell gebundenen Gefangenen auch konfessionsbezogen erteilt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass, analog zu den christlichen Kirchen, auch mit den jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften Verträge über die Gefängnisseelsorge eingegangen werden. Diese Verträge sollten dann auch über die Krankenhauseelsorge mit abgeschlossen werden.

### **3. Jüdischer Religionsunterricht in Schulen**

*Seit vielen Jahren bemüht sich die jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt darum, dass jüdischer Religionsunterricht als gleichgestelltes Unterrichtsfach zum katholischen und evangelischen Religionsunterricht in den Schulen in Sachsen-Anhalt eingeführt wird. Wer lernt, sich in die Perspektive eines anderen Menschen und seine kulturelle und religiöse Orientierung zu versetzen, lernt auch Respekt und Wertschätzung. Kenntnis und Erkennen der Vielfalt und Komplexität des Judentums sind wichtige Schritte zu seinem Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen. Für jüdische Schüler wird zudem das Grundrecht auf den eigenen Religionsunterricht verwirklicht.*

**Wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass jüdischer Religionsunterricht neben dem herkömmlichen evangelischen und katholischen Religionsunterricht sowie dem Ethikunterricht als ordentliches Lehrfach in den Lehrplan der staatlichen Schulen in Sachsen-Anhalt aufgenommen wird?**

Nach unserer Verfassung kann an öffentlichen Schulen katholischer und evangelischer Religionsunterricht erteilt werden. Der Unterricht in diesen verschiedenen wertevermittelnden Fächern findet i.d.R. in parallelen Lerngruppen statt, was regelmäßig dazu führt, dass gerade

hier die Klassen auseinandergerissen und nach Ethik und den beiden Religionen neu zusammengesetzt werden. Es widerspricht nach Auffassung DER LINKEN dem zentralen Ziel des wertevermittelnden Unterrichts, wenn am Anfang das Trennende und nicht das Gemeinsame steht. Eine weitere Aufteilung der Klassen in noch mehr parallele Lerngruppen, die gleichzeitig verschiedenen Religionsunterricht oder Ethikunterricht erhalten, lehnt DIE LINKE deshalb ab.

Es ist wichtig, dass sich die Kinder und Jugendlichen in ihrer Klassengemeinschaft gemeinsam mit Wertvorstellungen und der Werteentwicklung beschäftigen. Dafür muss das Fach Ethik für alle Schüler\*innen verpflichtend erteilt werden. Religionsunterricht ist danach zusätzlich anzubieten. In einem solchen System, wie es von der Verfassung auch vorgesehen ist, sind Forderungen nach jüdischem und auch nach muslimischem Religionsunterricht legitim und werden von uns unterstützt. Jüdischer und muslimischer Religionsunterricht soll dann unter den gleichen Bedingungen eingerichtet werden, wie katholischer oder evangelischer Religionsunterricht.

#### **4. Anerkennung von israelbezogenem Antisemitismus**

*Israelbezogener Antisemitismus als eine aktuelle Variante des Antisemitismus hat in den letzten Jahren in Deutschland ausgesprochen hohe Zustimmungswerte erzielt und prägt den öffentlichen Diskurs zum Thema. Die Kritik an der israelischen Politik mit Bezug auf den Nahostkonflikt wird dabei mit antisemitischen Stereotypen und Bildern verknüpft. Antisemitische Klischees und Deutungsmuster, die an tradierte Bilder der Judenfeindschaft anknüpfen, werden in verschlüsselter Form hinter vermeintlich harmloser Kritik am Staat Israel und seiner Politik versteckt, was letztlich zur Aufrechterhaltung und Verbreitung antisemitischer Ressentiments beiträgt.*

**Teilt Ihre Partei die Auffassung der jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt, dass israelbezogenem Antisemitismus in derselben Weise entgegenzuwirken ist, wie dem klassischen rechts- und linksextremen Antisemitismus? Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung von israelbezogenem Antisemitismus als Form des Antisemitismus stark machen, z. B. im Hinblick auf die BDS-Bewegung?**

DIE LINKE beantwortet beide Fragen mit einem entschiedenen „Ja!“. Für uns bedeutet eine glaubwürdige Positionierung gegen Antisemitismus eine Positionierung gegen jeden Antisemitismus. Wir sind uns des Problems bewusst, dass der israelbezogene Antisemitismus bzw. der antisemitische Antizionismus eine Form des Antisemitismus ist, der in spezifischen linken Gruppierungen und auch in Teilen der Partei DIE LINKE vorkommt. In Sachsen-Anhalt haben wir uns in diesem innerparteilichen Konflikt stets klar positioniert und gegen BDS-Unterstützung und die sogenannte Querfront argumentiert und werden dies auch weiterhin tun. Wir halten diesen Antisemitismus für nicht weniger gefährlich als andere Formen von Antisemitismus. Durch diesen „linken Anstrich“ kann Antisemitismus sogar eine breitere Unterstützung in der Gesellschaft finden. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ist sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst: historisch, mit Blick auf die Aufarbeitung unserer Vergangenheit und im Hier und Jetzt als politische Akteurin, deren Aufgabe es ist Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen und eine starke solidarische Antwort auf gesellschaftliche Konflikte zu geben.